DOPPELHAUSHALT		2017/2018				
STELLUNGNAHME zu Antrag		55-56				
SPD-Gemeinderatsfraktion	Seite HH-Plan	Produktbereich				
Die Linke						
	173/174	21/21-2110				
	Erlös-/Aufwa	Erlös-/Aufwandsart Ein-/Auszahlungsart				
	Privatrechtliche Lei	Privatrechtliche Leistungsentgelte				
Keine Erhöhung der Elternanteile für Schülermittagessen an Ganztagsgrundschulen						

In der Sitzung vom 26. April 2016 wurde durch den Gemeinderat mehrheitlich beschlossen, die Maßnahme M6_SuS im Rahmen des 1. Maßnahmenpaketes zur Sicherung des Haushaltsstabilisierungsprozesses in den Doppelhaushalt 2017/2018 aufzunehmen.

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

SPD Gemeinderatsfraktion, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup 76124 Karlsruhe



11.10.2016

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Keine Erhöhung der Elternanteile für Schülermittagessen an Ganztagesschulen

Zuordnung	ım Haushaltspla	an				
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt					
1 74	4000					
Ergebnishaushalt: Pr	oduktbereich Produkt	gruppe Sch	nlüsselpositi	on		
21-2110						
Finanzhaushalt: Inve	stive Maßnahme					
>						
Änderunge	en und neue Mit	telanme	ldunger)		
Art		2017	2018	2019	2020	2021
Stellenschaffu	ng/-reduzierung					
	uzierung Erträge, Au	fwendung	en, Ein- od	er Auszah	lungen	•
Privatrechtliche Entg	jelte	-?	-?	-?	-?	-?
Bitte aus Liste ausw	ählen					
Bitte aus Liste ausw	ählen					
Bitte aus Liste auswa	ählen					
Bitte aus Liste ausw	ählen					
Sperrvermerk						
Verpflichtungs	sermächtigung					
davon zahlı	ungswirksam in					
Sonstige Änderunge	n					
Konzeption, Zi	ele, Maßnahmen, Ke	nnzahlen				
s. Hinweis - F1-Taste!						

DOPPELHAUSHALT

2017/2018



Keine Erhöhung der Elternanteile für Schülermittagessen an Ganztagesschulen

Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

bitte Zuschussempfänger eintragen

Sachverhalt | Begründung

Die Elternanteile für das Mittagessen an Ganztagsschulen aller Schularten sollen ab dem Schuljahr 2017/2018 erhöht werden.

Die SPD setzt sich seit jeher für Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ein. Die Ganztagesschule leistet dabei einen wertvollen Beitrag. Wichtig ist neben dem Bildungsangebot aber auch eine regelmäßige warme Mahlzeit für jede Schülerin und jeden Schüler. Gerade für Geringverdiener bedeutet jede Erhöhung eine nicht unerhebliche zusätzliche finanzielle Belastung.

Jede Erhöhung der Mittagessensentgelte an Ganztagsschulen lehnen wir daher ab.

Unterzeichnet von:

Parsa Marvi und SPD-Fraktion

Die Linke, Hebelstraße 13, 76133 Karlsruhe

Herrn Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup 76124 Karlsruhe



23.09.2016

DOPPELHAUSHALT

2017/2018

Antrag zum Thema

Strecichung der Erhöhung der Entgelte für Mittagessen an Ganztagsschulen

Zuordnung im Haushaltsplan									
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt								
1 73	4 000								
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition									
2 1									
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme									
•									
Änderungen und neue Mittelanmeldungen									
Art		2017	2018	2019	2020	2021			
Stellenschaffur	ng/-reduzierung								
☑ Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen									
Privatrechtliche Entg	elte	-73.000	-200.000						
Bitte aus Liste auswählen									
Bitte aus Liste auswä									
Bitte aus Liste auswä	ihlen								
Bitte aus Liste auswählen									
Sperrvermerk									
Verpflichtungs	ermächtigung								
▶ davon zahlu	ingswirksam in								
Sonstige Änderunge	n								
☐ Konzeption, Zi	ele, Maßnahmen, Ker	nnzahlen							
s. Hinweis - F1-Taste!									



Strecichung der Erhöhung der Entgelte für Mittagessen an Ganztagsschulen

Weitere Angaben

bei Leistungen an Zuschussempfänger

bitte Zuschussempfänger eintragen

Sachverhalt | Begründung

Wir beantragen die Streichung der Erhöhung der Entgelte für Mittagessen an Ganztagsschulen auf 4,00 € pro Essen ab dem Schuljahr 2017/18 sowie auf 4,10 € pro Essen ab dem Schuljahr 2019/20 sowie die Anpassung der Mittagessenpauschale auf einer kalkulatorischen Basis von 3,50 €.

Im April 2016 hat der Gemeinderat mehrheitlich diese Erhöhung der Entgelte beschlossen.

Bildung ist eine öffentliche Aufgabe und sollte von der öffentlichen Hand voll getragen werden, einschließlich des Mittagessens in Ganztagsschulen. Deutschland gehört zu den Ländern, in denen Bildungserfolg nicht von der eigenen Begabung sondern vom sozialen Status der Familie abhängt. Die vielen Gebühren und Entgelte, die Eltern für Kinderbetreuung und für die Schulbildung zu zahlen haben, belasten vor allem junge Familien, Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern so, dass die Teilhabe dieser Familien und deren Kinder am gesellschaftlichen und kulturellen Leben zum Teil sehr eingeschränkt ist.

Wir halten deshalb Entgelterhöhungen in diesem Bereich für unzumutbar und beantragen deren Streichung.

Unterzeichnet von:

Niko Fostiropoulos, Sabine Zürn